

Rettung aus dem Umerziehungsheim

Viele Jugendliche aus somalischen Familien erleben schwere Gewalt – so auch eine Bernerin

DANIEL RICKENBACHER

Im September besteigt Amina, eine junge Somalierin aus dem Kanton Bern, ein Flugzeug in Genf. Ziel des Flugs: die somalische Hauptstadt Mogadiscio. Dort wird Amina, die als Kind in die Schweiz gekommen ist und Berndeutsch spricht, zwei Monate lang festgehalten. Erst Ende November kann sie nach einer Rettungsaktion in die Schweiz zurückkehren.

Dazwischen hat sie ein Martyrium durchlebt. Sie befand sich in einem Heim zur Umerziehung renitenter somalischer Jugendlicher, wurde dort angekettet und sexuell misshandelt. Für die Gefangenschaft war mutmasslich die Mutter der jungen Frau verantwortlich, die sich an ihrem Lebensstil störte.

Amina ist kein Einzelfall. Wer auf sozialen Netzwerken recherchiert, findet viele ähnliche Leidensgeschichten junger Somalier, sowohl von Frauen als auch von Männern. Aus Sicht ihrer Familien sind sie vom rechten Weg abgekommen – weil sie ihre Partner frei wählen möchten, Drogen nehmen oder einfach einen westlichen, nichtreligiösen Lebensstil pflegen.

Schutz einflussreicher Kreise

Aus der somalischen Diaspora werden deshalb jedes Jahr Kinder und junge Erwachsene nach Somalia geschickt. Der wahre Grund der Reise wird oft verschwiegen. Dort sollen sie lernen, wie man sich als muslimischer Somalier richtig verhält. Islamische Umerziehungsheime bieten entsprechende Programme an, die sich «Dhaqan Celis» nennen, zu Deutsch «Rückkehr zur Kultur». Die Programme sind teuer und dementsprechend wirtschaftlich lukrativ. Die Anbieter geniessen deshalb den Schutz einflussreicher Kreise. Doch oft kommt es in diesen Heimen zu schwersten Misshandlungen und sexueller Gewalt, wie auch im Fall der jungen Bernerin.

Die NZZ hat mit mehreren Personen gesprochen und konnte den Fall rekonstruieren. Amina wohnt mit mehreren Geschwistern und ihrer Mutter im Kanton Bern. Mit 19 Jahren ist sie die Älteste. Die Mutter hat zehn Kinder, und die Familie bezieht teilweise Sozialhilfe. Im Frühjahr 2025 lernt Amina Sharif kennen. Wie sie stammt der junge Mann aus Somalia. Er ist gut integriert in der Schweiz, hat einen Job. Die beiden verlieben sich und beginnen eine Liebesbeziehung. Als Amina ihrer Mutter davon erzählt, löst das ein Familiendrama aus. Die Familie akzeptiert Sharif nicht, und die Mutter wird gewalttätig – nicht zum ersten Mal. Schon mehrmals in den letzten Jahren beschäftigte sich die Kesh mit der somalischen Familie.

Amina flieht ins Frauenhaus und kommt bei verschiedenen Personen unter. Von ihrem Vater, der im Ausland lebt, erfährt sie, dass sie ohne ihre Zustimmung mit dem Sohn eines Cousins ihres Vaters in Somalia verheiratet wurde. Amina akzeptiert die Zwangsheirat nicht und lässt sich in einer privaten religiösen Zeremonie mit ihrem Freund trauen. Sie mietet sich eine Wohnung in einem Vorort von Bern. Einzugsstermin ist der 1. Oktober. Doch dazu kommt es nicht.

Amina wird eingesperrt

Amina leidet sehr unter dem Streit mit ihrer Familie und kommt zeitweise in die Klinik. Doch dann scheint sich die Familie mit Amina zu versöhnen. Die Mutter entschuldigt sich. Die religiöse Trauung mit Sharif wird Anfang September 2025 in Anwesenheit einer grösseren Anzahl Zeugen wiederholt. Eine zivile Trauung findet aber nicht statt. Sharif und Amina bleiben rechtlich unverheiratet. Die Mutter drängt derweil die Tochter zu einer Reise nach Somalia, unter anderem, um dort Kleider für eine zusätzliche Hochzeitsfeier zu kaufen. Mitte September fliegt sie von Genf aus nach Mogadiscio. Sharif hat sie an den Flughafen begleitet. Nach wenigen Tagen bricht der Kontakt ab.



Drei Frauen gehen in Mogadiscio einer Strasse entlang.

ED RAM/GETTY

Erst später wird klar, weshalb. Wenige Tage nach ihrer Ankunft in Mogadiscio wird Amina mit einer List in ein islamisches Umerziehungsheim verschleppt. Ein Onkel fährt sie dort hin, angeblich, um Verwandte zu besuchen. Das Heim liegt in einem unscheinbaren Gebäude im Aussenbezirk Dharkenley und wurde 2017 gegründet. Im Umkreis befinden sich zahlreiche weitere Umerziehungsheime. Eine befragte Person schätzt ihre Anzahl auf mehrere Dutzend – allein in diesem Quartier.

Das Umerziehungsheim orientiert sich streng an islamischen Prinzipien und trägt den Namen «Fowzi Rahman», zu Deutsch «Triumph des Barmherzigen». Bereits Kinder erhalten Religionsunterricht, die Geschlechter werden strikt getrennt. Das Angebot scheint sich besonders an die somalische Diaspora zu richten. Auswärtige bezahlen in der Regel höhere Tarife als die Einheimischen. In einem Werbevideo aus dem Jahr 2021 ist ein junger Somalier aus Kanada zu sehen, der das «Fowzi Rahman» besuchte. Er wirkt niedergeschlagen. Vor seinem Aufenthalt im Umerziehungsheim habe er den Koran nicht gekannt, doch jetzt sei das anders, und er wolle heiraten.

Gebet übertönt Schreie

Auch die junge Somalierin aus dem Kanton Bern soll auf die Zwangsheirat mit einem Cousin vorbereitet werden. Gemeinsam mit fünf weiteren Frauen und einem Kind wird Amina eingesperrt, muss den ganzen Tag beten und den Koran auswendig lernen. Reden sie miteinander oder machen etwas anderes Unerlaubtes, werden die jungen Somalierinnen gezüchtigt. Auch aus einem Nebenraum, wo die Männer festgehalten werden, dringen manchmal Schreie. Die anderen Männer beten dann besonders laut, damit man die Schreie nicht hört.

Nach mehreren Tagen Funkstille alarmiert Sharif die Polizei und anschliessend auch die Fachstelle Zwangsheirat. Er hat Angst, dass Amina in Gefahr schwebt und in Somalia zwangsverheiratet werden soll. Es ist Anfang Oktober. Die Fachstelle trifft erste Abklärungen und macht auf die Gefahr einer Zwangsheirat und sexueller Gewalt aufmerksam. Doch die Berner Polizei möchte nichts überstürzen. Zunächst solle man den 15. Oktober, das Datum des Rückflugs, abwarten. Die Polizei äussert auch Zweifel daran, ob zwischen Sharif und Amina wirklich ein enges Verhältnis bestehe.

Inzwischen hat sich Amina wieder aus Somalia bei Sharif gemeldet. Sie

spricht dabei Somalisch und lässt ihn wissen, sie wolle sich von ihm trennen. Sharif merkt, dass etwas nicht stimmt, denn das Paar unterhält sich üblicherweise auf Schweizerdeutsch. Später sollte Amina bestätigen, dass sie die Aussagen unter Zwang gemacht hat.

Den Rückflug in die Schweiz tritt Amina gar nicht erst an. Verschiedene Behörden kommen deshalb erstmals zusammen, um das Vorgehen zu besprechen und Aufgaben zu verteilen. So sieht es das sogenannte «Modèle Berne» für Zwangsheiraten vor. Bei dem Treffen ist auch die Fachstelle Zwangsheirat dabei. Sie regt an, bereits jetzt dringliche Massnahmen gegen die mutmassliche Haupttäterin, die Mutter, zu ergreifen, wie beispielsweise ein Ausreiseverbot. Es bestehe auch die Gefahr der Verdunkelung. Für die Fachstelle ist es nicht der erste Fall von «Dhaqan Celis». Zum ersten Mal war man vor fast zwanzig Jahren mit somalischen Umerziehungsheimen konfrontiert.

Gericht ordnet Freilassung an

Die Berner Kantonspolizei übernimmt den Fall, doch wochenlang geschieht nichts. Bis heute ist Sharif von der Polizei nicht vernommen worden. Auf Anfrage bestätigt die Kantonspolizei, man habe im Zuge der Abklärungen wegen einer «Vermisstmeldung» keine Hinweise auf ein Officialdelikt «im Kanton Bern» gefunden. Deswegen wurde bislang auch kein Verfahren eingeleitet. Dies überrascht, denn die Kantonspolizei war im Rahmen des «Modèle Berne» in die Abklärungen involviert, und Zwangsheirat gilt in der Schweiz als Officialdelikt, das mit bis zu fünf Jahren Gefängnis bestraft wird. Seit Einführung des Gesetzes kam es aber nur zu wenigen Verurteilungen. Von 2023 bis 2024 verzeichnete die Kantonspolizei Bern keine Fälle von Zwangsheiraten.

Als eine der jungen Frauen aus dem Umerziehungsheim entlassen wird, übergibt Amina ihr im Geheimen einen Zettel für Sharif – und tatsächlich gelingt es ihr, ihn am 19. November über den Verbleib von Amina zu informieren. Jetzt geht plötzlich alles schnell: Sharif schaltet erneut die Fachstelle Zwangsheirat ein, die sogleich mit der Planung einer Rettungsaktion beginnt. Man nimmt Kontakt mit einer jungen somalischen Menschenrechtsanwältin auf. Auf ihren Antrag ordnet ein Gericht die Verhaftung des Heimleiters und die Freilassung von Amina an. Mehrere Stunden durchstreift die Anwältin anschliessend den Aussenbezirk in Mogadiscio in Begleitung

von drei Polizisten, befragt Nachbarn und Passanten, bevor sie das Umerziehungsheim «Fowzi Rahman» findet. In Mogadiscio sind Adressen nicht eindeutig. Dort redet sie den Angestellten des Heimes zu, Amina, die seit zwei Monaten gegen ihren Willen festgehalten wird, freizulassen. Die Angestellten lenken schliesslich ein. Der Heimleiter ist nicht anwesend. Parallel dazu wurde aus der Schweiz ein lokales Sicherheitsteam organisiert für den Fall, dass die Freilassung nicht gelingen sollte.

Handy und Ausweis fehlen

Die somalische Anwältin versteckt Amina. Doch der Druck steigt. Lokale Clanführer und einflussreiche Persönlichkeiten rufen bei der Anwältin an, drängen sie, das Versteck preiszugeben. Sie hat Angst. Amina muss schnell zurück in die Schweiz. Doch sie kann nicht ausreisen. Möglicherweise soll sie in einem Prozess in Somalia aussagen. Auch fehlen ihr Handy und Ausweis. Diese wurden ihr im Umerziehungsheim abgenommen. Sie erhält darum kein Visum für Kenya, wo die Schweizer Botschaft für sie einen Laissez-passer ausgestellt hat.

Jemand muss ihr die Dokumente zur Ausreise überbringen. Schliesslich reist die Präsidentin der Fachstelle Zwangsheirat, Anu Sivaganesan, trotz den Reisewarnungen des EDA nach Mogadiscio und holt Amina aus ihrem Versteck. Amina bewegt sich auffällig langsam. Nach der langen Zeit in Ketten ist sie das Gehen nicht mehr gewohnt. Die Ausreise ist nicht ungefährlich, denn am Flughafen arbeiten auch Verwandte von Amina. Doch alles geht gut. Die mehrmonatige Aktion, die von der Fachstelle Zwangsheirat geleitet wurde und in die zahlreiche Personen und Organisationen involviert waren, nähert sich ihrem erfolgreichen Abschluss.

In der Schweiz leben momentan knapp elftausend Somalier im Ausländer- oder Flüchtlingsstatus. Trotz ihrer relativ geringen Anzahl sind sie eine der Fokusgruppen der Fachstelle Zwangsheirat, und die Fälle mehren sich. Derzeit beobachtet man eine Zunahme somalischer Asylanträge. Damit dürften auch «Dhaqan Celis» vermehrt auf dem Radar der Behörden auftauchen.

Für Amina findet die Leidensgeschichte vorläufig ein glückliches Ende. Am späten Abend des 27. November 2025 landet sie gemeinsam mit Anu Sivaganesan sicher in der Schweiz. Doch für sie ist die Sache noch nicht ausgestanden. Nach ihrer Ankunft muss sie in der Schweiz untertauchen.

Job-Maschine Staat

In der Privatwirtschaft gehen Stellen verloren

SEBASTIAN BRIELLMANN

Die Aussichten auf dem Arbeitsmarkt sind eingetrübt. Kaum eine Woche vergeht, ohne dass ein Unternehmen einen Stellenabbau im kleineren oder grösseren Rahmen ankündigt. Dennoch zeichnet sich laut Experten trotz unterdurchschnittlichem Wirtschaftswachstum keine Rezession ab. Auch die Arbeitslosenquote dürfte gemäss dem Staatssekretariat für Wirtschaft und der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich nur leicht steigen, von knapp unter 3 auf 3,1 Prozent im nächsten Jahr.

Würde man jedoch nicht nur die bei Arbeitsvermittlungszentren gemeldeten Personen, sondern alle Erwerbslosen einberechnen, stiege der Wert auf etwa 5 Prozent. Der «Schweiz am Wochenende» sagte der Ökonom Michael Siegenthaler: «Das sind im historischen Vergleich überdurchschnittlich hohe Quoten.» Dies hat vor allem einen Grund: In der Privatwirtschaft gehen viele Jobs verloren. In der Industrie waren es zwischen dem dritten Quartal 2024 und dem dritten 2025 über 10 000 – auch im Handel, im Finanzsektor oder in der Informatik sind die Zahlen vierstellig. In einem anderen Bereich jedoch wächst die Beschäftigung überdurchschnittlich: in der öffentlichen Verwaltung und in staatsnahen Betrieben wie Spitälern und Schulen.

Mittlerweile Taktgeber

Diese Entwicklung ist nicht neu, hat sich aber jetzt, da sich der Job-Boom deutlich abgeflacht hat, nochmals verstärkt. Der Ökonom Christoph Schaltegger etwa warnt schon lange davor, dass der Staat mit seinen attraktiven Bedingungen der Privatwirtschaft bei der Rekrutierung schade. Darunter litten vor allem kleine und mittelständische Unternehmen, die mit den Angeboten der Verwaltung nicht mithalten könnten – und deshalb, wenn überhaupt, auf billigere Arbeiter aus dem Ausland zurückgreifen müssten.

Das hat Folgen. Schaltegger sagte schon vor zwei Jahren, dass mindestens jeder sechste Arbeitnehmer beim Staat arbeite. Konservativ geschätzt. Unternehmen, die im Besitz von Staatsunternehmen sind, werden manchmal nicht dazugezählt. Ebenfalls unsicher ist, ob das Personal bei den Staatsunternehmen vollständig erfasst ist. Und im Gesundheitssystem etwa gehören viele Spitäler nicht mehr den Kantonen. Aber die Marktbedingungen zeigen, dass sie immer noch stark staatlich reguliert sind. Schaltegger geht darum von einer noch grösseren Zahl von Staatsangestellten aus.

Beim Bund verdient es sich gut

Kürzlich sagte Schaltegger in einem Interview mit der «Finanz und Wirtschaft», dass bei der Budgetdebatte immer von 39 000 Vollzeitstellen die Rede sei, wenn es um die Bundesverwaltung gehe. Man sollte jedoch nicht nur das «Stammhaus», sondern die Gesamtrechnung betrachten: Und da verantwortete der Steuerzahler 159 000 Vollzeitstellen. Die Politik sollte deswegen die Frage diskutieren, wie viel Raum für die Privatwirtschaft noch bleibe. «Der Staat sollte sich nicht ständig ausdehnen und die Privatwirtschaft auch noch in der Lohnpolitik konkurrenzieren», sagte Schaltegger.

Doch das ist bereits jetzt der Fall. Wer beim Bund arbeitet, verdient 12 Prozent oder 10 000 Franken mehr als ein privatwirtschaftlich Angestellter – der Durchschnittslohn beträgt mehr als 130 000 Franken im Jahr. Zudem erhalten Beamte beispielsweise jedes Jahr eine Lohnerhöhung von bis zu 4 Prozent. Obendrauf gibt es Leistungs- und Spontanprämien; Altersgutschriften, die weit über die gesetzlich vorgeschriebenen Sätze hinausgehen; bis zu 1500 Franken pro Monat für die Kita-Kosten; eine vorzügliche Pensionskasse und ergänzende Familienzulagen. Es kann also nicht überraschen, dass diese Botschaft längst auch bei den Arbeitnehmern angekommen ist. Der Staat ist, wie Umfragen zeigen, bei Einheimischen mittlerweile der beliebteste Arbeitgeber.